

# Nicht auf Franken und Rappen festschreiben

**Baselbiet** | FDP sagt Nein zum Kinderbetreuungsgesetz im Frühbereich und doppelt mit einer Initiative nach

Obwohl sie sich für familienergänzende Kinderbetreuung ausspricht, sagt die FDP am 11. März Nein zur entsprechenden Vorlage. Die Partei lanciert nun eine Initiative für ein schlankeres Rahmengesetz, das den Gemeinden mehr Autonomie zugesteht.

**Patrick Moser**

In der Sache ist sich die FDP mit der SVP einig: Die Gesetzesvorlage zur familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulbereich (FEB) gehört am 11. März an der Urne abgelehnt. Dass der Freisinn trotzdem nicht mit der Volkspartei zusammenspannen will, hat inhaltliche Gründe: «Im Unterschied zur SVP wollen wir den Leuten keine Ideologie vorschreiben», sagte FDP-Interimspräsidentin Christine Pezzetta am Dienstag vor den Medien in Liestal (zur SVP siehe «Volksstimme» 16/2012, Seite 5).

Mit dem Slogan «Retour zur Korrektur» plädiert die Baselbieter FDP für ein Nein zum vom Landrat beschlossenen FEB-Gesetz. Gleichzeitig legt sie eine überarbeitete Gesetzesvariante vor, die den Gemeinden mehr Autonomie zugesteht. Die FDP geht nun auf Unterschriftensammlung für ihre formulierte Initiative.

## Gute Sache schlecht umgesetzt

Das dem Stimmvolk vorgelegte FEB-Gesetz zielt zwar in die richtige Richtung, meinte Pezzetta. Doch leider habe der Landrat eine gute Sache schlecht umgesetzt. Deshalb habe sich die FDP am Parteitag einstimmig entschieden, ein schlankes, un-

Weniger  
Bürokratie und  
mehr Autonomie  
für die Gemein-  
den (von links):  
FDP-Interims-  
präsidentin  
Christine  
Pezzetta, die  
Hölsteiner  
Landrätin Monica  
Gschwind und  
der Allschwiler  
Landrat Siro  
Imber.

Bild Patrick Moser



bürokratisches und bezahlbares Gesetz auszuarbeiten. Keinen Zweifel liess Pezzetta daran, dass es die FDP für ökonomisch notwendig hält, dass Frauen vermehrt im Arbeitsleben integriert bleiben und es deshalb mehr Betreuungsplätze braucht.

«Das Gesetz schreibt den Gemeinden die Berechnungsart und die Höhe der Subventionen auf Franken und Rappen genau fest», moniert Landrätin Monica Gschwind, die in Hölstein auch als Gemeinderätin amtiert. Zudem sei es mit der Gesetzesformulierung im Gegensatz zu heute nicht

mehr möglich, die Tagesbetreuung über die Fürsorgekasse zu bezahlen – was jedoch äusserst sinnvoll sei.

Weiter sei es völlig unnötig, den 86 Baselbieter Gemeinden mit ihren unterschiedlichen Bevölkerungsstrukturen einheitliche Lösungen aufzudrücken. Die Abstimmungsvorlage würde vor allem im Bereich der Bruttolöhne zwischen 60 000 und 100 000 Franken für die Gemeinden massive Mehrkosten auslösen – just in einem Segment, von dem kaum relevant höhere Steuereinnahmen zu erwarten seien. Auch für den Kan-

ton, der bereits unter einem strukturellen Defizit leide, entstünden Mehrkosten von bis zu fünf Millionen Franken.

Das FEB-Gesetz öffne «bürokratischen Hindernissen» Tür und Tor, warnte der Allschwiler Landrat Siro Imber. Solchen, wie man sie von der umstrittenen Bundesverordnung kenne, die ursprünglich sogar eine Betreuungsbewilligung für hütende Grossmütter gefordert habe. Solcherlei Dinge seien im Vorschlag der FDP, den Imber im Detail erläuterte, nicht mehr enthalten. So habe man

den Absatz mit dem «gewerkschaftlichen Anliegen» über die Qualitätsanforderungen gänzlich gestrichen. Dafür sei explizit festgehalten, dass die Gemeinden auch alternative Modelle der Kinderbetreuung fördern können.

Das Ziel der FDP ist es, die Initiative noch vor dem Urnengang vom 11. März einzureichen. Damit sei den Stimmbürgern eine Sicherheit gegeben, dass sie bei einem Nein innert nützlicher Frist über ein «verbessertes und sinnvolles Rahmengesetz» abstimmen können.